bei insbesondere auch auf die bedarfsabhängige Regelung in § 11 Abs. 1 Anl. 9.1 BMV-Ä ab. Zur (allgemeinen) Sicherstellung der Versorgung chronisch niereninsuffizienter Patienten bedürfte es nicht des Rückgriffs auf die Regelung in § 11 Abs. 3 BMV-Ä⁴.

§ 11 Anlage 9.1 BMV-Ä

Zum besseren Verständnis ist es geboten, sich die einzelnen Ermächtigungstatbestände des § 11 Anlage 9.1 BMV-Ä nochmals und vergleichend vor Augen zu führen:

Gem. § 11 Abs. 1 können angestellte Krankenhausärzte auf ihren Antrag zur Durchführung des Versorgungsauftrags für die in § 3 Abs. 3 Buchst. d) definierten Patientengruppen durch den Zulassungsausschuss ermächtigt werden. Ausdrücklich wird in diesem Abs. im Weiteren auf § 9 Anl. verwiesen, wonach grundsätzlich eine Prüfung unter Versorgungsgesichtspunkten zu erfolgen hat. Mithin liegt insoweit eine bedarfsabhängige Regelung vor. Nach Abs. 2, der den Versorgungsauftrag für die nephrologische Versorgung von Kindern beinhaltet, bedarf es mithin einer Bedarfsprüfung ausdrücklich nicht. Im Verhältnis hierzu ist dann wiederum die Regelung in Abs. 3 zu sehen, wonach Leiter einer nephrologischen Schwerpunktabteilung auf ihren Antrag hin zur „Mitbehandlung“ „in begrenztem Umfang“ ermächtigt werden können. Ein Verweis auf § 9 Anl. 9.1 BMV-Ä erfolgt insoweit hingegen nicht. Statusentscheidungen, die auf der Grundlage von § 11 Abs. 3 Anl. 9.1 BMV-Ä ergehen, müssen entsprechend den Umfang der Ermächtigung unter Berücksichtigung der Einschränkungen der Regelung berücksichtigen. Insoweit gibt § 11 Abs. 3 Anl. 9.1 BMV-Ä auch klare Vorgaben,

indem ausdrücklich auf die „Mitbehandlung“ und einen „begrenzten Umfang“ abgestellt wird. Hieraus ist abzuleiten, dass die Statusentscheidung nach § 11 Abs. 3 Anl. 9.1 BMV-Ä keinen eigenständigen vertragsärztlichen Versorgungsauftrag begründet. Entsprechend bedarf es auch nicht der Feststellung eines besonderen Versorgungsbedarfes.

Keine Regel ohne Ausnahme

Bereits in seiner Entscheidung v. 16. 12. 2015⁵ hat das BSG klargestellt, dass unter Rechtsschutzgesichtspunkten im Ausnahmefall eine Anfechtungsberechtigung gegeben sein kann. Dies ist dann der Fall, wenn die angegriffene Statusentscheidung ihrem Umfang nach lediglich aufgrund einer Regelung hätte ergehen dürfen, die einer vorhergehenden Bedarfsprüfung bedurft hätte. Entscheidungen der Zulassungsgremien, die insoweit eine konkrete Definition des eingeschränkten Behandlungsumfanges und des Patientengutes vermissen lassen, kommen vielmehr einem regulären Versorgungsauftrag gleich. Entsprechend stehen derartige Entscheidungen dann der Drittanfechtung offen.

Die hier besprochene Entscheidung des BSG⁶ setzt konsequent und inhaltlich überzeugend die begonnene Rechtsprechung zur Drittanfechtungsberechtigung im Rahmen des § 11 Abs. 3 Anl. 9.1 BMV-Ä und mithin zur bedarfsunabhängigen Ermächtigung fort und gibt für den Praktiker eine klare Handlungsleitlinie.

4) BSG, Urt. v. 16. 12. 2015 – B 6 KA 40/14 R – MedR 2017, 584.

5) BSG, Urt. v. 16. 12. 2015 – B 6 KA 40/14 R – MedR 2017, 584.

6) Urt. v. 30. 11. 2016 – B 6 KA 3/16 R –.

REZENSIONEN

<https://dx.doi.org/10.1007/s00350-017-4708-8>

Berufsgerichtliche Rechtsprechung Psychotherapie. Entscheidungssammlung in Volltexten und mit Orientierungssätzen.

Von Martin Stellpflug. Psychotherapeutenverlag medhochzwei, Heidelberg, Loseblattwerk, 1. Aufl. (28. Februar 2017) € 199,99

Handbücher und andere Veröffentlichungen zum Gesundheitsrecht weisen zwar Urteile zu Disziplinarverfahren, Entziehungsverfahren und umfangreich auch Strafverfahren aus, aber selten berufsgerichtliche Entscheidungen, noch selten solche, die Psychotherapeuten betreffen. Umso erfreulicher ist es, dass Stellpflug eine (Loseblatt)Sammlung mit speziell solchen Urteilen von Berufsgerichten für Heilberufe begonnen hat. Die erste Lieferung enthält 30 Urteile im Volltext mit ergänzenden Orientierungssätzen. Die Entscheidungen sind thematisch den jeweiligen Paragraphen der MBO für Psychologische

Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten zugeordnet (die ihrerseits weitgehend der BO der Ärztekammer angepasst ist). Hauptthemen sind die allgemeinen Berufspflichten (§ 3), Honorierung und Abrechnung (§ 14) sowie Fragen zu psychotherapeutischen Gutachten (27). Hervorzuheben sind die 16 Entscheidungen zum Verhalten des Therapeuten gegenüber dem Patienten (§ 6, Schwerpunkt: Verbot sexueller Kontakte zu Patienten). Das LBerufsG Münster (v. 10. 2. 2014 – 13 E 494/12T) betont dabei in diesem Zusammenhang deutlich die allgemeine Notwendigkeit einer Distanz des Therapeuten auch zu Familienangehörigen. Beruf und Privatleben seien strikt zu trennen; das gelte insbesondere für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten. Hilfreich sind auch die Ausführungen des BerufsG für Heilberufe beim VG Gießen (v. 24. 4. 2011 – 21 K 133/10.Gl. 13) zu den Grenzen einer Delegation von Leistungen, zur Falschabrechnung und zum sog. „berufsrechtlichen Überhang“).

Die Sammlung enthält auch sechs Entscheidungen zu prozessualen Fragen (Teil III). Die MBO-Psychotherapeuten selbst ist ebenfalls vorab abgedruckt. – Der Herausgeber hat gute Kontakte zu den Fachverbänden und den Berufsgerichten. Er wird die Sammlung stets aktualisieren und liefert damit den Betroffenen selbst, aber auch Anwälten und Gerichten ein gutes Nachschlagewerk.

Gernot Steinhilper

Rechtsanwalt Dr. iur. Gernot Steinhilper,
Hauptstrasse 24, 30974 Wennigsen, Deutschland